

WEG MIT HARTZ IV

10 Jahre Armut per Gesetz: Lohndrückerei,
Sozialabbau, Entrechtung und Repression
10 Jahre sind 10 Jahre zu viel!

Dauermahnwache

am 29. & 30. Oktober
und 1. November 2012

vor der Arbeitsagentur Doventorsteinweg,
während der gesamten Öffnungszeiten.

Jeden Tag um
12 Uhr
öffentliche Versammlung
(Asamblea) mit offenem
Mikrofon (open-mic).

Mit Infos, Alternativen, Austausch, täglichen Versammlungen,
Terminbegleitung, Beratung und Hilfestellung bei Anträgen.

Für ein menschenwürdiges Leben für
alle und gegen die Macht der Profite!

Kommt alle!

AGENDA 2010 UND HARTZ IV

Die »Agenda 2010« ist ein Konzept zur Reform des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes, das von 2003 bis 2005 von der aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildeten Bundesregierung weitgehend umgesetzt wurde. Als Grundlage der Reform diente der »Wirtschaftspolitische Forderungskatalog für die ersten hundert Tage der Regierung« der Bertelsmann-Stiftung – u.a. im Wirtschaftsmagazin »Capital« publiziert –, dessen Inhalte zu weiten Teilen übernommen wurden.

Die Agenda 2010 wurde in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 verkündet. Vorarbeiten waren bereits im Schröder-Blair-Papier von 1999 geleistet worden. Als Ziele nannte Schröder unter anderem die Verbesserung der »Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung« sowie den »Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung«. Die mit den Worten »Wir werden Leistungen des Staates kürzen« angekündigten Maßnahmen führten zu heftigen Kontroversen und Protesten.

Im Rahmen der »Agenda 2010« setzte die SPD/GRÜNE Bundesregierung 2002 unter Gerhard Schröder die Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (u.a. bestehend aus Vertretern von DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Volkswagen, McKinsey, BASF, Roland Berger Consulting, ver.di, IG Metall) ein, die unter der Leitung von Peter Hartz tagte und im August 2002 ihren Bericht vorlegte. Erklärtes Ziel des Hartz-Konzeptes war es, innerhalb von vier Jahren die Arbeitslosenzahl von damals vier Millionen zu halbieren. (Dieses Ziel konnte nicht annähernd erreicht werden).

Im Januar 2005 verkündete Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: »Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.«

Große Teile des Konzeptes wurden von den Oppositionsparteien unterstützt und von CDU/CSU aktiv mitgestaltet. In ihrer Regierungserklärung vom 30. November 2005 äußerte Schröders Amtsnachfolgerin Angela Merkel: »Ich möchte Kanzler Schröder ganz persönlich danken, dass er mit der Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, unsere Sozialsysteme an die neue Zeit anzupassen.«

WARUM HARTZ IV ABSCHAFFEN?

Jeder Mensch hat laut der universellen Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen sowie dem Grundgesetz ein Recht auf Existenz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dieser Rechtsanspruch ist bedingungslos, dh. es dürfen keine Bedingungen daran geknüpft sein.

In Deutschland erhalten jedoch nur diejenigen eine Grundsicherung, die sich dem JobCenter oder der ARGE gegenüber offenbaren und ihre Lebensverhältnisse offenlegen. Dabei werden persönlichste Angaben eingefordert oder, bei Pflichtverletzungen gegenüber dem Amt, Sanktionen bis zu 100%iger Leistungskürzungen angedroht und durchgesetzt. Zudem besteht für Leistungsbezieher die Verpflichtung, jede erdenkliche Arbeit anzunehmen – und sei sie auch noch so schlecht bezahlt. Das führt dazu, dass mehr und mehr Menschen prekär beschäftigt sind und von geleisteter Arbeit nicht leben können. Diese müssen beim Amt wiederum Aufstockung zu den gleichen Bedingungen beantragen. Diejenigen Hilfebedürftigen, die sich diesem entwürdigenden Umgang nicht aussetzen, können ihren Rechtsanspruch auf Leistungen des Amtes nicht geltend machen und leben oft in extremer Armut. Aber auch Rentner, Kranke und sozial schwache Menschen hätten zu großen Teilen einen Anspruch. Auch sie können, sei es aus Unkenntnis oder mangels der Fähigkeit ihre Bedürfnisse energisch genug selbst zu vertreten, ihren Anspruch nur schwerlich geltend machen.

WIR PROTESTIEREN AUFS SCHÄRFSTE gegen diese Bedingungen des Arbeitszwangs, die Praxis der Schikane durch bürokratische Hürden der JobCenter, sowie die Stigmatisierung von Hilfebedürftigen und hilfebedürftig gemachten Menschen, weil

- sie Armut verschärfen und entwürdigend sind!
- sie die soziale Spaltung der Bevölkerung bewirken!
- sie den Anschein einer legitimen Rechtsprechung erreichen wollen, die Menschen zu flexibel einsetzbarem Humankapital reduziert!

Hartz IV ist kein individuelles Schicksal!

Hartz IV ist staatliche Repression!

WEG MIT Hartz IV! GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!